



„...weshalb kämpft ihr mit ihnen ...“

Bernhard R. Kroener

Kameradschaftserfahrungen und Emanzipationsbestrebungen
deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten
jüdischer Herkunft 1866–1918

Universitätsverlag Potsdam 2007

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



© Universitätsverlag Potsdam, 2007

Herausgeber: Abraham-Geiger-Kolleg gGmbH
c/o Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Druck: Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam

Verlag: Universitätsverlag Potsdam
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625
E-Mail: ubpub@uni-potsdam.de
<http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm>

ISBN 978-3-939469-98-8

URL <http://pub.ub.uni-potsdam.de/volltexte/2007/1557/>

URN <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-15578>

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

„...weshalb kämpft ihr mit ihnen ...“

Kameradschaftserfahrungen und Emanzipationsbestrebungen
deutscher und österreichisch-ungarischer Soldaten jüdischer Herkunft
1866–1918

Festvortrag von
Prof. Dr. Bernhard R. Kroener,
Dekan der philosophischen Fakultät
der Universität Potsdam

mit einem Vorwort
des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages
Herrn Reinhold Robbe

gehalten am 21. Juni 2007
im Rahmen des Projektes „Kulturelle und religiöse Vielfalt in den deutschen Streitkräften“
im Lazarettregiment 31 Berlin
in Zusammenarbeit mit der Leo Baeck Foundation

Vorwort

Reinhold Robbe, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 – inmitten von Kampfhandlungen und Belagerung – wurde am 27. Oktober des Jahres 1870 vor den Toren der Stadt Metz ein wahrhaft denkwürdiges Zeichen gesetzt. Jüdische Soldaten feierten an diesem Tag den Versöhnungstag – Yom Kippur – den höchsten jüdischen Feiertag. Und dieser erste jüdische Feldgottesdienst wurde von den christlichen Kameraden abgesichert. Eine kleine friedliche Szene in einem kriegerischen Schauspiel. Hier wurde vorbildlich kameradschaftliche Toleranz gegenüber einer kulturellen und religiösen Minderheit in einer deutschen Armee praktiziert.

Nach der beispiellosen Barbarei des Dritten Reiches jedoch, planvoller Entrechtung und Verfolgung, gezielter Entwürdigung und Demütigung, nach dem Mord an sechs Millionen Juden, der Shoah, war nichts mehr wie zuvor. Die über viele Jahrhunderte hinweg mühsam und unter zahlreichen Rückschlägen sich vollziehende Entwicklung einer vorsichtigen und respektvollen Annäherung war nach den Verheerungen durch den Nationalsozialismus abgebrochen. Der von der Epoche der Aufklärung inspirierte Geist religiöser und kultureller Toleranz hatte eine katastrophale Niederlage erlitten.

Eine Wiederaufnahme und Weiterführung jener beispielhaften Kameradschaft zwischen jüdischen und christlichen Soldaten in einer deutschen Armee, wie sie in diesem ersten jüdischen Feldgottesdienst so bewegend zum Ausdruck gekommen war, war für lange Zeit außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens. Zumal für die kleine Zahl der nach dem Zweiten Weltkrieg noch in Deutschland lebenden Juden war es völlig undenkbar, dass jemals wieder ein Jude in einer deutschen Armee dient.

Die Regelungen zur Umsetzung der allgemeinen Wehrpflicht haben dies selbstverständlich berücksichtigt. Gleichwohl leisten in der Bundeswehr heute wieder etwa 200 jüdische Soldaten ihren Dienst, die meisten als Berufssoldaten. Einzelne jüdische Studenten, künftige Rabbiner, absolvieren Praktika in der Militärseelsorge der Bundeswehr.

Auf verschiedenen Ebenen hat sich mittlerweile auch eine Ausbildungszusammenarbeit zwischen den deutschen und den israelischen Streitkräften erfolgreich etabliert, die von den Teilnehmern als ein wertvoller Erfahrungsaustausch geschätzt wird.

Auf dieses neue Vertrauen, das ihr von jüdischer Seite entgegengebracht wird, darf die Bundeswehr durchaus stolz sein. Kann es denn einen über-

zeugenderen Beleg dafür geben, dass die mit der Gründung der Bundeswehr vor mehr als 50 Jahren eingeführten Grundsätze der Inneren Führung nicht nur eine außerordentlich moderne und leistungsfähige, sondern vor allem auch eine in den demokratischen Rechtsstaat integrierte und unseren moralischen Werten verpflichtete deutsche Armee geschaffen haben?

Das Nebeneinander verschiedener Religionen hat unsere Gesellschaft ebenso wie unsere Streitkräfte weltoffener, verständiger und toleranter werden lassen. Das ist ein Geschenk, von dem wir alle gemeinsam profitieren können. Und deshalb ist es auch so wichtig, dass uns Zugänge zu einem tieferen Verständnis für das Gemeinsame und das Unterscheidende in den großen Weltreligionen ermöglicht werden.

Ein solcher Zugang ist für mich zum Beispiel das Gebetbuch „Gemeinsam vor Gott“, das eine beeindruckende Auswahl gemeinsam ausgesuchter Gebete der drei großen monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam enthält. Daher habe ich es sehr begrüßt, dass vor etwa drei Jahren eine Bundeswehr-Sonderausgabe dieses Werks erschienen ist.

Die Bundeswehr hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges von einer Armee der Landesverteidigung zu einer Armee im weltweiten Einsatz gewandelt. Wenn Sie sich heute anschauen, wo überall unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sind, wird deutlich: ohne die Fähigkeit zur interkulturellen Kommunikation und ohne Verständnis für andere Religionen lassen sich die gegenwärtigen Aufgaben nicht mehr erfüllen.

Wir müssen von unseren Soldaten heute erwarten können, dass sie sich gegenüber Kameraden mit nicht-christlicher Religionszugehörigkeit ebenso wie in religiös fremden Kulturkreisen angemessen zu verhalten wissen. In letzterem Fall hat das nicht nur etwas mit der Auftragserfüllung, sondern auch mit der eigenen Sicherheit zu tun.

Die politischen Entwicklungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, damit meine ich in erster Linie den Balkan-Krieg und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, haben es notwendig gemacht, die Bundeswehr in weltweite Einsätze zu schicken. Unsere Soldatinnen und Soldaten gehen heute in Länder, die zu bereisen der Einzelne wahrscheinlich kaum je auf die Idee gekommen wäre, in Regionen mit anderer kultureller und religiöser Prägung, mit einem oftmals ganz anderen zivilisatorischen Entwicklungsstand. Da sind interkulturelle Kompetenz und Dialogfähigkeit nicht nur gefragt, sondern nahezu unabdingbar.

Aber nur wer bereits eine gefestigte Persönlichkeit ist, mit einem gesunden Selbstbewusstsein und einem eigenständigen inneren Wertemaßstab, der kann auch mit freundlicher Gelassenheit, Offenheit und Interesse auf jene

Menschen zugehen, die ganz anders leben, ein anderes Selbstverständnis haben, die anderen Religionen und Kulturkreisen angehören. Die allermeisten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr haben die Fähigkeiten und die Reife, um sich in ihrer anspruchsvollen dienstlichen Rolle zurechtzufinden. Die Einsätze im Kosovo, in Bosnien und in Nordafghanistan zeigen dies.

Man hat bei der Bundeswehr die Notwendigkeit erkannt, Soldatinnen und Soldaten mit kultureller und sozialer Kompetenz in den Einsatz zu schicken. Auch in dieser Hinsicht halten sie jedem Vergleich mit unseren Verbündeten stand.

Die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr gehören heute vielfach selbst ganz unterschiedlichen Religionen an. Sie alle sind den Grundwerten unserer Gesellschaft verpflichtet und ausgebildet zu einem Dialog untereinander und mit den ihnen unbekanntem, fremd erscheinenden Kulturen in jenen Regionen der Welt, in denen sie ihren Auftrag erfüllen sollen.

Die Ausführungen Prof. Dr. Bernhard Kroeners beim Lazarettregiment 31 Berlin sind eine deutliche Mahnung, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und auf ihnen eine Zukunft ohne Ausgrenzung, mit Respekt und Wertschätzung füreinander zu gründen.

Festvortrag

Prof. Dr. Bernhard R. Kroener, Dekan der philosophischen Fakultät der
Universität Potsdam

Historische Zusammenhänge erschließen sich dem rückschauenden Betrachter erst, wenn er sie in den Kontext ihrer Vorgeschichten einzuordnen vermag. Ich benutze hier bewusst den Plural – Vorgeschichten –, da die Geschichte sich nie eindimensional und nie in Kausalketten gestaltet. Damit ist sie gleichermaßen sperrig wie faszinierend. Gerade deshalb eignet sie sich auch nicht als Instrument des politischen Vergleichs in ideologischer Absicht.

Eine religiös, kulturell oder rassistisch begründete Ausgrenzung von Minderheiten durch die Mehrheitsgesellschaft erfolgt fast immer im Rückgriff auf konstruierte historische Belege. Die Geschichte wird damit zum Richter über die Gegenwart und zu einer moralischen Instanz, gegen die keine Appellation möglich ist. Eine so deutliche Wertschätzung der Geschichte erscheint uns auf den ersten Blick fremd. Dieses Gefühl der Fremdheit weicht, macht man sich nur bewusst, wie häufig Politiker, Publizisten und Kommentatoren unserer Tage den Begriff des „historischen Moments“ oder des „historischen Ereignisses“ im Munde führen, um uns die fortdauernde Bedeutung einer bestimmten Situation zu suggerieren.

Das Zeitalter der europäischen Nationalstaaten, das mit der Französischen Revolution einsetzte, lebte geradezu vom ständigen Rückgriff auf die Geschichte und erhob daher die historischen Wissenschaften zu den Leitdisziplinen der bürgerlichen Gesellschaft. In der Vorstellung der Menschen nicht nur des 19. Jahrhunderts markiert der Krieg die Bewährung eines Volkes als Nation. Die Verteidigung gemeinsamer Werte, kultureller Selbstdeutungen, religiöser Überzeugungen wirkt nach innen integrierend. Im Spiegel eines Feindbildes glaubt man die eigenen Tugenden zu erkennen. Gerade weil man nicht so ist, wie der Gegner, gehört man zusammen, steht man zusammen, kämpft gemeinsam und opfert seine Gesundheit, vielleicht sogar das eigene Leben als letzten und größten Beweis für die Zugehörigkeit zur Nation, die damit zur Schicksalsgemeinschaft wird. Im Kampf für das Vaterland heben sich die bestehenden innergesellschaftlichen Gegensätze zumindest zeitweise auf. Die Emanzipation und die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden im 19. und frühen 20. Jahrhundert bleiben daher unauflöslich verbunden mit Krieg und Nationsbildung, bürgerlichem Selbstverständnis und Geschichtsdeutung in legitimatorischer Absicht.

In Bezug auf diese spezifischen Bedingungsfaktoren jüdischer und christlicher Identitätsstiftung lassen sich drei deutlich voneinander abzugrenzende Zeitspannen kenntlich machen. Sie stehen gleichwohl in einem historisch-genetischen Bedingungs-zusammenhang, deutet doch jede Generation in Erwartung zukünftiger Entwicklungen ihre Gegenwart aus der Vergegenwärtigung der Vergangenheit.

Die erste Phase, in der sich die Vorgeschichten bündeln, erstreckt sich von 1770 bis 1815. Sie kennzeichnet die Voraussetzungen und die Möglichkeiten und Grenzen jüdischer Emanzipationsbemühungen.

Die anschließende Periode, die etwa die Zeitspanne zwischen dem Wiener Kongress und den 1880er Jahren umfasst, lässt sich als Weg und Scheitelpunkt einer weitgehenden rechtlichen Gleichstellung beschreiben, während die dritte und letzte Phase vom Spätwilhelminismus und dem Ersten Weltkrieg geprägt wird und das Scheitern einer gesellschaftlich akzeptierten Integration beschreibt. Hier erlebte die rassistisch motivierte Ausgrenzung ihren ersten folgenschweren Höhepunkt.

In jedem dieser drei Abschnitte der deutsch-jüdischen Geschichte besitzt das Kriegserlebnis eine entscheidende Katalysatorfunktion. Der Bogen spannt sich vom Befreiungskrieg der Nation gegen die französische Fremdherrschaft über die Kriege zu ihrer Einigung, bis hin zu dem als Existenzkampf der Nation verstandenen und verinnerlichten Ersten Weltkrieg.

I.

Am 27. September 1791 fiel in der französischen Nationalversammlung ein folgenschwerer Satz, der seither ebenso oft zitiert wie fehlinterpretiert wurde. Der Abgeordnete Stanislas Comte de Clermont-Tonnerre forderte die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit den Worten: „Il faut tout refuser aux juifs comme nation, il faut tout leur accorder comme individus.“ (Den Juden als Nation ist alles zu verweigern, den Juden als Menschen aber alles zu gewähren.)

Den traditionellen Vorstellungen vom jüdischen Volk, das, in der Diaspora versprengt, die Hoffnung auf eine Rückkehr ins gelobte Land nie aufgegeben und als Voraussetzung von Religion, Geschichte und Kultur zu bewahren gewusst hatte, wurde hier eine eindeutige Absage erteilt. In der Tat konnte innerhalb der Gemeinschaft der ihrer individuellen Selbstbestimmung bewussten Staatsbürger keine konkurrierende Nation mit eigenen Loyalitäten existieren. Französischer Bürger war nach dem Verständnis der Väter der revolutionären Verfassung Frankreichs jeder, der sich zu den

Grundprinzipien „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ bekannte. In diesem Sinne war die Nation „une et indivisible“ (eins und untrennbar).

Die jüdischen Bürger der französischen Republik und auch die nachfolgenden Generationen europäischer Juden mussten sich stets gegen den Vorwurf einer gespaltenen Loyalität, der von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft erhoben wurde, zur Wehr setzen. Im Dienst als Soldat, im Krieg für die Nation, in der Aufopferung des eigenen Lebens glaubten sie den untrüglichen Beweis ihrer Vaterlandsliebe erbringen zu können. Die europäische Aufklärung, die die Religion als vernunftwidrig aus der öffentlichen in die private Lebensgestaltung verbannt hatte, vermochte daher im religiösen Bekenntnis auch keine Minderung der staatsbürgerlichen Qualität zu erkennen.

Das revolutionäre Frankreich ging in seinem Bestreben nach staatsbürgerlicher Gleichheit am weitesten, doch zeigte die Aufklärung ihre Wirkung auch in den Staaten, die dem Ancien Régime verhaftet blieben. Hier lag es, dem Staatsverständnis des fürstlichen Absolutismus entsprechend, an der Persönlichkeit des jeweiligen Herrschers, aufgeklärtem Gedankengut zum Durchbruch zu verhelfen.

Kaiser Joseph II., der die Säkularisation seiner Territorien mit einer großen Dynamik vorantrieb, welcher zahlreiche katholische Klöster durch Auflösung zum Opfer fielen, verwandte sich folgerichtig für eine Duldung und Gleichbehandlung aller religiösen Überzeugungen. Dass gerade das katholische Österreich in dieser Hinsicht europäische Standards setzte und diese auch bis zum Ende der ersten österreichischen Republik 1938 beibehielt, resultierte aus der spezifischen Situation des Vielvölkerstaates, dessen einigende Klammer nicht eine Konfession – davon gab es dreizehn –, auch nicht die Ethnie eines Staatsvolks – auch davon gab es mehrere –, sondern nur die Monarchie bilden konnte. Als ihr allgegenwärtiges Symbol galt die Armee. Nicht umsonst war Kaiser Joseph der erste österreichische Herrscher, der sich vorzugsweise in Uniform portraituren ließ.

Durch die polnischen Teilungen hatte sich der Anteil der jüdischen Untertanen an der Gesamtbevölkerung der habsburgischen Lande fast verdreifacht. Es war der Gouverneur von Galizien, der 1781 den Vorschlag unterbreitete, die Juden seines Herrschaftsbezirks zum Kriegsdienst zu verpflichten. Eine gewisse Nähe der jüdischen Bevölkerung zum deutschen Kulturraum eröffnete die Möglichkeit, über den Militärdienst der Juden die ehemals polnischen Gebiete an die Monarchie heranzuführen.

Aus der Wurzel der Aufklärung begann in den 1780er Jahren die Integration der Juden in Europa an Dynamik zu gewinnen. In Frankreich wurde diese Integration vorangetrieben durch einen revolutionären Akt der staats-

bürgerlichen, wenn auch nicht ohne weiteres der gesellschaftlichen Gleichstellung, in Österreich durch eine vorsichtige Einbindung der Juden in die Institutionen eines multiethnischen Staates, in Preußen schließlich durch eine akademische Diskussion, die aber zunächst keine unmittelbare Wirkung auf das Staatshandeln entfaltete.

Erst die politisch-militärische Katastrophe von Jena und Auerstedt (1806), der Zusammenbruch des friderizianischen Preußens, öffnete den Weg zu Reformen, die jedoch keine revolutionären Züge annahmen. Erst die gesellschaftliche Mobilisierung im Zuge der Befreiungskriege ermöglichte es auch den preußischen Juden, durch ihre Bereitschaft zum Tod fürs Vaterland ihre Qualität als vollgültige Bürger des Staates unter Beweis zu stellen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Kriegsdienst der Juden umso höher wog, als das Bürgertum – anders als es die spätere nationale Legendenbildung verklärte – durchaus nicht von kriegerischem Pathos erfüllt zu den Waffen strömte. Zu intensiv wirkte das Bild des 18. Jahrhunderts, in dem der Soldatenstand als der zum Dienst gepresste Abschaum Europas angesehen worden war, in der guten Bürgerstube nach.

Die jüdischen Kriegsteilnehmer innerhalb der preußischen Armee mochten sich durchaus berechnete Hoffnungen machen, dass ihre Leistung anerkannt werden würde, wurden sie doch wegen Tapferkeit ausgezeichnet und in bescheidenem Umfang sogar befördert. Erstaunlicher – oder vielleicht natürlicherweise – finden sich in den Akten weder von jüdischer noch von christlicher Seite Hinweise auf antisemitisches Verhalten und Diskriminierungen. So schrieb etwa ein Hauptmann und Kompaniechef im Mai 1813 an die Mutter eines Soldaten jüdischen Glaubens:

„[...] dass aber Ihr Herr Sohn sich durch sein so ausgezeichnetes moralisches als auch bescheidenes Betragen und die vorzügliche Aufmerksamkeit im Dienste nicht allein meine Achtung und auch derer Offiziere, so ihn kennengelernt, sich erworben [...]“

Oder an anderer Stelle das Zeugnis eines Kameraden: „Unser Cohen ist ein braver und tüchtiger Soldat, im Kriege war er stets, wo ich war.“

In diesem Sinne wirkte das gemeinsame Erleben und Erleiden des Krieges, dem christliche wie jüdische Soldaten unterworfen waren, als Motor einer vorsichtigen Integration. Distanzierung und Ausgrenzung setzten dagegen offenbar erst mit zunehmender räumlicher wie gesellschaftlicher Distanz zum einzelnen jüdischen Kriegsteilnehmer ein. Ein Phänomen, das wir bis hin zu den Feldpostbriefen des Ersten Weltkrieges beobachten können.

II.

Die Juden in Österreich und Preußen begleiteten den Friedensschluss von 1815 mit großen Hoffnungen und Erwartungen, die sich in Österreich in kleinen Schritten erfüllten, während in Preußen, wie es schien, die Zeit zurückgedreht werden sollte. Dieser Befund ist erklärungsbedürftig, gehörten doch beide Staaten der konservativen Heiligen Allianz an, beide Staaten vereinigten in ihren Grenzen Territorien mit unterschiedlicher historischer Entwicklung, beide hatten es auf ihrem Staatsgebiet mit unterschiedlichen religiösen Bekenntnissen zu tun. Weshalb also eine abweichende Behandlung ihrer jüdischen Bürger? Hier scheinen die Persönlichkeiten der Herrscher und das von ihnen vertretene Staatsverständnis von entscheidender Bedeutung gewesen zu sein.

König Friedrich Wilhelm III. und, wenngleich weniger apodiktisch, auch sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. waren von der Idee eines christlichen Gottesgnadentums durchdrungen. Sie empfanden sich als Herrscher eines christlich-protestantischen Gemeinwesens. Während man vermochte, die reformierten und die lutherischen Kirchen in der Union zusammenzuführen, musste man mit den Katholiken leben, was nicht immer spannungsfrei vonstatten ging, und suchte die Juden zu assimilieren. Das Ziel war der getaufte Jude, dessen Karrierestreben der preußische Staat fast keine Hemmnisse mehr in den Weg legte. Die Armee als Erziehungsanstalt der Nation schien durchaus geeignet, diejenigen Juden, die man zu den besitzbürgerlichen Schichten rechnen durfte – das waren allerdings die wenigsten – zu vollgültigen Staatsbürgern auszubilden.

Damit ergab es sich von selbst, dass diejenigen unter ihnen, die an ihrer Glaubensüberzeugung festhielten, als Vorgesetzte für christliche Mannschaften nicht in Frage kamen. In Österreich dagegen galten die jüdischen Soldaten als Mittler zu den der Krone noch ferner stehenden Bevölkerungsgruppen. Sie besaßen in diesem Sinne eine Funktion. Sie waren – so verstanden – Subjekt staatlichen Handelns. In Preußen sah man in ihnen Mannschaften, an denen ein Erziehungsauftrag zu vollziehen war. Dieser Erziehungsauftrag war jedoch erst erfüllt, wenn die Juden sich durch ein Bekenntnis zum Christentum der Mehrheitsgesellschaft angeschlossen hatten. Sie waren also Objekt obrigkeitlicher Erziehungsbemühungen. Dieses Bestreben des preußischen Staates beförderte bei den Angehörigen der jüdischen Orthodoxie die durchaus berechtigte Befürchtung, die Integration sei in Wirklichkeit nichts anderes als eine bis zur Aufgabe der jüdischen Identität betriebene Assimilierungspolitik

Doch auch in Preußen schritt in den Jahrzehnten vor 1848 die Integration in kleinen, sicherlich aus heutiger Perspektive oder im Vergleich zu den

Verhältnissen in Frankreich und Österreich zu kleinen Schritten voran. Die Akzeptanz, die jüdische Soldaten durch ihre dienstlichen Leistungen innerhalb ihres Kameradenkreises bei ihren unmittelbaren Vorgesetzten erzielen konnten, beförderte dennoch auch eine gesellschaftliche Zustimmung, die sich allmählich von der traditionellen Judenfeindschaft des 18. Jahrhunderts entfernte.

Mit der demokratischen Revolution von 1848, die sich anschickte, die verkrusteten Strukturen der Restauration aufzubrechen, eröffnete sich den jüdischen Bürgern die Perspektive auf eine vollständige staatsbürgerliche Gleichstellung. Zum ersten Mal verhalfen die gewählten politischen Vertreter auch in Preußen ihren jüdischen Mitbürgern, das heißt denen, die in sozialer und ökonomischer Hinsicht bürgerlich waren, zu einem Integrations-schub, dem sich auch die Armee nicht verschließen konnte. Damit wurden die demokratischen Kräfte, zumal der Liberalismus, zur politischen Heimstatt der deutschen Juden. „Wir sind und wollen nur Deutsche sein“, dieses Bekenntnis des Frankfurter Rabbiners Leopold Stein zur Integration wurde von der Orthodoxie als Gefahr für das jüdische Selbstverständnis empfunden, sie steht jedoch für einen überkonfessionellen Trend zur Säkularität in jener Epoche. Auch in den christlichen Konfessionen bildeten Glaubensüberzeugungen immer weniger einen unmittelbaren Bezugspunkt aktiver Lebensgestaltung; die sich ausbildende moderne Industriegesellschaft marginalisierte zunehmend die Bedeutung des Konfessionellen im öffentlichen Leben.

Seit der Jahrhundertmitte entwickelte sich in den Staaten des Deutschen Bundes, im Gegensatz zum kirchenfeindlichen Laizismus in Frankreich, ein überkonfessionelles Moralchristentum, das auch die Angehörigen des jüdischen Bürgertums einschloss. Jetzt lockerte sich auch der Zwang zur Konversion. In diesem Sinne begannen die Militärbehörden, vor allem in süddeutschen Staaten, erstmals auch damit, Juden an jüdischen Feiertagen vom Dienst zu befreien und die rituellen Speisegebote zu gewährleisten.

Dieser Prozess unterlag jedoch, regional unterschiedlich, politisch motivierten Einflüssen. Während innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in den deutschen Staaten die rechtliche Gleichstellung der Juden immer weniger in Frage gestellt wurde, suchte die Armee, zumal die preußische, auch weiterhin jüdische Vorgesetzte und sei es auch nur als Unteroffiziere, zu verhindern. Nun war es nicht mehr in erster Linie das religiöse Bekenntnis, sondern zunehmend die Furcht vor dem Eindringen demokratischer Überzeugungen in die Armee, die das Verhalten des Offizierkorps gegenüber bürgerlichen Aspiranten insgesamt prägte. Die Angehörigen des jüdischen Bürgertums waren davon aber in besonderer Weise betroffen, da

jüdische Intellektuelle während der Revolution in den liberalen und demokratischen Bewegungen eine öffentlich wahrgenommene Rolle gespielt hatten. Denn im Gegensatz zu den konservativen und reaktionären Kräften der Rechten sah die jüdische Intelligenz in den Kräften der Mitte und des linken Spektrums die Prinzipien der staatsbürgerlichen Gleichstellung am deutlichsten vertreten.

Nun lässt sich nicht leugnen, dass zumindest die Angehörigen des Bürger­tums den Dienst in der Armee bis an die Schwelle der Einigungskriege nicht gerade als Erfüllung ihrer beruflichen Karrierevorstellungen verstanden haben. Die Armeen aller Staaten litten nach 1815 unter rigiden Sparzwängen. Die preußische Armee besaß als Juniorpartner der österreichischen auch außenpolitisch wenig Kredit, während sie ihre innenpolitische Glaubwürdigkeit durch ihren Einsatz gegen die bürgerlich-demokratischen Kräfte restlos verspielte. Insofern verwundert es nicht, dass der preußische Verfassungskonflikt in den späten fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts sich an der Armee, ihren Etatforderungen und dem Bemühen um eine dreijährige Dienstzeit entzündete. Vor der geringen Reputation der Armee aber verschlossen auch jüdische Bürger nicht die Augen. Während sich die Truppe hinsichtlich der Aufnahme jüdischer Soldaten restriktiv verhielt, scheint entsprechend innerhalb des jüdischen Bürgertums der Wunsch nicht verbreitet gewesen zu sein, durch den Dienst innerhalb der Streitkräfte die Emanzipation voranzutreiben.

Diese Haltung sollte sich im Zuge der Einigungskriege nach 1864 grundsätzlich ändern. Die Geburt des Kaiserreiches auf den Bajonetten der verbündeten deutschen Armeen erfolgte unter einer mit nationaler Leidenschaft geführten Beteiligung des deutschen Bürgertums und seiner jüdischen Angehörigen. Erneut sollte der Krieg, das Opfer des Lebens, als sichtbarer Beweis für die staatsbürgerliche Zuverlässigkeit, für Standhaftigkeit und Treue zum angestammten Herrscherhaus dienen. In diesem Sinne und im Interesse der Allgemeinen Wehrpflicht kam der Norddeutsche Bund 1869 mit dem „Gesetz betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung“ dem Wunsch der jüdischen Bevölkerung nach Gleichstellung nach, auch wenn das Gesetz sich nicht explizit an die Bürger israelitischer Religion wandte.

Hatten in den Befreiungskriegen etwa 500 jüdische Soldaten in den Reihen der preußischen Armee gekämpft und waren es 1864 nur unwesentlich mehr gewesen, so hatten gegen Österreich 1866 bereits 1100 jüdische Soldaten im preußischen Kontingent gekämpft. Zur gleichen Zeit dienten jedoch in der Armee des habsburgischen Kaiserstaates schon mehr als 30.000 Soldaten jüdischen Glaubens, darunter 200 Offiziere.

Österreich, das im Krieg gegen Frankreich 1859 und gegen Preußen 1866 um den Bestand des Vielvölkerstaates, gegen nationale Selbstbestimmung und kleindeutsche Ausgrenzung zu kämpfen hatte, setzte nach der Begründung der Doppelmonarchie stärker noch als zuvor auf die integrierende Wirkung von Monarchie und Armee. Der jüdische Schriftsteller Moritz Fröhling stellte in der Dämmerung des Habsburgerstaates 1910 fest,

„dass es zur Ehre der österreichischen Kriegsverwaltung betont werden möge, dass unter allen staatlichen Ressorts unserer Doppelmonarchie sie die einzige ist, die von echt modernem und liberalstem Geist den jüdischen Mitbürgern gegenüber geleitet ist“.

Angesichts von 1,3 Millionen jüdischen Bürgern honorierte 1867 „Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ die integrative Mitwirkung der jüdischen Bevölkerung an der Sicherung des habsburgischen Vielvölkerstaates.

Theodor Fontane, der die Einigungskriege auf preußischer Seite als Kriegsberichterstatter begleitete, schrieb rückschauend über die Kämpfe von 1866:

„Unter den Grenadieren, mit denen Leutnant Sydow bis zur Alt Rognitzer Kirche vordrang, zeichneten sich zwei Einjährig-Freiwillige aus: Grenadier Hasenpflug und Gefreiter Samuel. Das Beispiel des Gefreiten Samuel steht nicht allein dar; vielfach zeichneten sich seine Glaubensgenossen während des Feldzuges aus. Es war als ob sie sich das Wort gegeben hätten, den alten Vorstellungen ein Ende zu machen.“

Was meinte Fontane mit den „alten Vorstellungen“? Hier tauchen durchaus nicht zufällig im Bürgertum verbreitete Vorurteilsstereotype auf, die der vormodernen Judenfeindschaft entstammten, die mit dem Religionsvorbehalt einhergingen, aber darüber hinaus, wenn auch noch verhüllt, Rasseeigenschaften kennzeichnen sollten, die die Juden zum Militärdienst eigentlich untauglich machten. Der frühneuzeitliche Staat, der ihnen das Recht, Waffen zu tragen, also sich selbst zu verteidigen, aberkannt, der sie als „Schutzjuden“ der landesfürstlichen Gnade empfohlen hatte, ist der historische Ort des Bildes des landfremden, nicht an die Scholle gebundenen Juden, der als nicht bereit, wohl auch nicht als fähig galt, das Herrscherhaus, den Staat, in den er nicht integriert gewesen sei, mit der Waffe zu verteidigen. Von diesem aus historischer Perspektive gespeisten Urteil ausgehend sollte wenige Jahrzehnte später ein rassistisch orientierter Vorbehalt entstehen.

Eben dieser Vorbehalt spiegelt sich auch in den Beurteilungen militärischer Zwischenvorgesetzter wieder. Während die Kameraden und Offiziere, die in einem unmittelbaren Kontakt zu jüdischen Soldaten standen, selten negativ über das Zusammenleben berichten, zeichnen sich die Stellungen derjenigen, die keinen unmittelbaren Kontakt zu ihren jüdischen Untergebenen besaßen, häufig durch mit Klischees beladene Vorurteilsstereotype oder undifferenzierte Abgrenzungsmechanismen aus. So hieß es etwa über Meno Burg, den einzigen aktiven jüdischen Stabsoffizier, der in der preußischen Armee diente: „Ich habe im allgemeinen nichts gegen Burg einzuwenden, aber er ist Jude. Ich bin Artillerieoffizier, und solange ich etwas zu sagen habe, soll kein Jude Offizier in der Artillerie werden.“ Oder in der Beurteilungsnotiz über einen bayerischen Offizieranwärter jüdischer Herkunft: „witzig nach Judenart“. Daneben lassen sich aber auch soziale Abgrenzungsstrategien erkennen, mit denen das mittlere Bürgertum seinen gesellschaftlichen Aufstieg über ein Offizierpatent befördern wollte und sich gegen eine jüdische Konkurrenz abzugrenzen suchte. Dazu ebenfalls aus einer bayerischen Personalakte: „Israelit, war vorher Handlungsdiener (Kaufmannsgehilfe), respektive wenig für jetzt und die Zukunft.“ An dieser Stelle fließen religiöse und soziale Vorurteile zusammen und verstärken sich wechselseitig.

Der Krieg gegen Frankreich 1870 wurde erstmals in der deutschen Militärgeschichte mit einem erheblichen Anteil mobilisierter Reservisten geführt. Unter ihnen befanden sich mehr als 14.000 Soldaten jüdischen Glaubens. Angesichts dieser Zahl von Kriegsteilnehmern – er entsprach damit im Verhältnis dem Prozentsatz von Juden an der Gesamtbevölkerung – glaubten die Bürger jüdischen Glaubens endgültig ihren Platz innerhalb der geeinten Nation gefunden zu haben.

Im Glauben an das Egalitätsversprechen der Nation und getragen von dem Wunsch, ihre Loyalität erneut und unmissverständlich unter Beweis zu stellen, zeichneten sich die jüdischen Kriegsteilnehmer vielfach durch persönliche Tapferkeit aus. Ihnen wurden Auszeichnungen verliehen, einhundert erhielten die Juden bisher versagt gebliebene Ernennung zum Reserveoffizier. Die Tressen eines königlich preußischen Leutnants symbolisierten für die jüdischen Kriegsteilnehmer ebenso wie das Eiserne Kreuz den endgültigen Durchbruch zur vollständigen Integration. Wenn von jüdischen Soldaten Klagen über entgangene Auszeichnungen geäußert wurden, dann lagen ihnen truppenteil- oder verwendungsspezifische Motive zu Grunde. So schrieb ein aktiver jüdischer Militärarzt:

„Es ist wirklich nicht leicht für einen Militärarzt, das Eiserne Kreuz zu bekommen. Ob Jude, das ist wirklich gleich und spielt keine Rolle,

aber die Militärärzte sind die unglücklichsten Geschöpfe unter der Sonne, weder Militärs noch Ärzte sind sie, haben keine genügende Vertretung nach Oben und keine Basis nach Unten in den Truppenkörpern selbst.“

Die positiven Wirkungen des Kriegserlebnisses, das eine beträchtliche Anzahl jüdischer Soldaten mit ihren christlichen Kameraden verband und das ihnen die uneingeschränkte Hochachtung ihrer unmittelbaren militärischen Vorgesetzten einbrachte, ließ sich weder durch eine rückwärtsgewandte Militärführung noch durch politisch oder konfessionell orientierte konservative Kräfte neutralisieren. Das musste auch ein katholischer Bischof erleben, der in der Absicht, den Truppen seinen Segen zu erteilen, gefragt hatte, ob auch alle Anwesenden gute und treue Katholiken seien. Er erhielt zur Antwort:

„Nein, das sind wir nicht! Es sind genug Protestanten und Juden unter uns. Wir sind alle Brüder und gute Kameraden und Einer für Alle und Alle für Einen. Was Sie wollen, gilt bei uns nicht.“

Der Deutsch-Französische Krieg als Einheit stiftendes Symbol der Nation stellt den Höhepunkt der Emanzipation des deutschen Judentums dar. In ihm vollzog sich in dreifacher Weise die Auseinandersetzung über die Rolle des Judentums im Nationalstaat. Zunächst innerhalb des Judentums, zwischen Liberalen und Orthodoxen, über die identitätssichernde Bedeutung von Religion und Tradition. Dann über die durch den Krieg erzwungene Abgrenzung innerhalb des europäischen Judentums zwischen deutschen und französischen Juden; in diesem Zusammenhang sahen sich die deutschen Juden vor die Aufgabe gestellt, ihre elsässischen Glaubensbrüder von den Vorzügen der Annexion zu überzeugen. Schließlich über den gemeinsamen Kampf innerhalb der deutschen Nation, die damit für die jüdischen Mitbürger zum entscheidenden Leitbild wurde.

Etwas über ein Jahrzehnt sollte die Euphorie über die endgültig gewonnene rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung anhalten. Ein Jahrzehnt, in dem schließlich auch die preußischen Militärbehörden darangingen, die administrativen Weichen für eine Gleichstellung der Juden zu stellen. Den Rahmen bildeten die Bestimmungen der Allgemeinen Wehrpflicht und die Rechte, die darin dem Bürgertum insgesamt gewährt wurden. Bismarcks Zusammenarbeit mit den Liberalen schuf gleichzeitig auch ein politisches Klima, das der Emanzipation förderlich war. Doch schon in den achtziger Jahren entstand dem jüdischen Integrationswillen aus einer anderen Richtung ein neuer Gegner.

III.

Die Einigungskriege hatten die gesellschaftliche Wahrnehmung der Armee und ihrer Rolle im neugeschaffenen Kaiserreich grundlegend verändert. Das Bürgertum sah einen Herzenswunsch, die Einheit der deutschen Stämme als Ergebnis des Krieges gegen Frankreich erfüllt. Der andere Wunsch, eine demokratisch legitimierte politische Partizipation, war ihm dagegen verwehrt geblieben. Daher suchte man die weitgehende politische Ohnmacht durch eine adäquate gesellschaftliche Reputation im Schulter-schluss mit den Siegern – Monarchie und Armee – zu kompensieren. Der königlich-preußische Reserveoffizier wurde im Kaiserreich zur Inkarnation bürgerlicher Stattsicherheit.

Angesichts einer gravierenden wirtschaftlichen Depression nach den anfänglichen „Gründerjahren“ empfand ein verunsichertes Bürgertum die Angehörigen der jüdischen Eliten zunehmend als bedrohliche Konkurrenten: Wenn schon nicht den wirtschaftlichen, so wollte man ihnen auf jeden Fall den gesellschaftlichen Aufstieg erschweren. Im Zuge der Industrialisierung hatten sich jüdische Unternehmer vorausschauend dem technischen Fortschritt gegenüber aufgeschlossen gezeigt. Ihre Firmen erwiesen sich jetzt als robuster und konjunkturellen Schwankungen gegenüber resistenter.

Angesichts krisenhafter Symptome innerhalb der europäischen Gesellschaft, einem zunehmend morbiden Kulturpessimismus, „Fin de siècle“-Stimmungen und sozialen Abstiegsszenarien begann das Bürgertum, Abschottungsmechanismen zu entwickeln. So etwa durch spezifische Konventionen, Heiratsstrategien und eine konservative Orientierung an den Normen einer bereits überlebten adeligen Gesellschaft. Das als Konkurrenz empfundene jüdische Bürgertum ließ sich nur ausgrenzen, wenn man eine nicht zu überwindende Barriere errichtete. Doch alle Parameter bürgerlicher Lebensformen wie Vermögen und Grundbesitz, gesellschaftliche Stilsicherheit und akademische Bildung vermochte auch das jüdische Bürgertum ins Feld zu führen. Das religiöse Argument aber hatte in einer zunehmend säkularisierten Welt seine unterscheidende Bedeutung bereits weitgehend eingebüßt. In dieser Situation blieb nur die Möglichkeit, eine ethnische Andersartigkeit zu konstruieren. Als Vorbild dienten die Abgrenzungsmechanismen, die in der Beurteilung der Nationen bereits gang und gäbe war, ein kollektiv angewandter völkerpsychologisch orientierter Vulgärdarwinismus wurde nun auch innerhalb eines Staatsvolkes praktiziert: Die jüdischen Mitglieder des Gemeinwesens sollten aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer als volksfremd definierten Rasse ausgegrenzt werden.

Was Fontane, wie wir gesehen haben, als „alte Vorstellungen“ bezeichnet hatte, wurde jetzt pseudowissenschaftlich verbrämt wiederbelebt. Ein völkisch aufgeladener Antisemitismus, in dem sich die unterschiedlichsten Vorurteilsstereotype bündeln ließen, erhielt bürgerliche Weihen. Der protestantische Hofprediger Adolf Stoecker, der wie der junge Kaiser Wilhelm II. von einem protestantischen Reich germanischer Nation träumte, ebenso wie der als konservativer Meinungsführer anerkannte Historiker Heinrich von Treitschke, der das jüdische Bürgertum als Ethnizität, nicht aber als Sozialtypus verstanden wissen wollte, ihnen allen war ein Ziel gemeinsam: bürgerliche Identitätsstiftung durch Ausgrenzung.

Wie reagierte in dieser Situation das Militär? Bereits der Krieg gegen Frankreich hatte gezeigt, dass gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Industrienationen nicht mehr mit einem ausschließlich adeligen Offizierkorps geführt werden konnten. Die fortgesetzten Heeresvermehrungen erzwangen eine soziale Öffnung des Offizierkorps; neben den Adel der Geburt sollte gleichberechtigt der „Adel der Gesinnung“ treten. „Neben den Sprossen der adeligen Geschlechter“, schrieb Wilhelm II. in einer grundlegenden Kabinettsorder aus dem Jahre 1890,

„neben den Söhnen meiner braven Offiziere und Beamten, erblicke ich die Träger der Zukunft meines Heeres in den Söhnen solcher ehrenwerter bürgerlicher Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesinnung gepflegt werden“.

Die Armee, die der unmittelbaren Kommandogewalt des Monarchen unterstand, versuchte mit dieser Formulierung den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung zu unterlaufen. Sie benötigte dringend bürgerliche Offiziere. Das Bürgertum seinerseits erzwang im Gegenzug den Ausschluss seiner jüdischen Mitbürger aus dem Reserveoffizierkorps, denen auf diese Weise eine unersetzbare Sprosse in der Leiter fehlte, die zu gesellschaftlicher Gleichberechtigung führte. 1914 waren 70 Prozent der aktiven Offiziere der preußischen Armee bürgerlicher Herkunft. Während das Kriegsministerium im Interesse der Allgemeinen Wehrpflicht weiterhin auf dem Gleichbehandlungsgrundsatz beharrte, suchten die Regimentskommandeure, in deren Verantwortung die Zuwahl des Offizier Nachwuchses durch die Gesamtheit des Offizierkorps des Regiments – das so genannte Regimentsavancement – lag, die Homogenität ihres Führerkorps zu sichern, um soziale Spannungen zu vermeiden. Während einzelne Kompaniechefs immer wieder den Versuch unternahmen, besonders befähigte jüdische Einjährig-Freiwillige zu Unteroffizieren zu befördern und zu Reserveoffizieren

ernennen zu lassen, scheiterten alle diese Bemühungen bis zum Kriegsausbruch 1914 an der unnachgiebigen Haltung der mehrheitlich bürgerlichen Offizierkorps der Regimenter, deren Votum die Aufnahme eines Kameraden als Offizier erst ermöglichte. In gleicher Weise schotteten sich die durch den Adel dominierten Kavallerie- und Garderegimenter von bürgerlichen Aspiranten ab.

Ähnlich wie 1813 und 1870 erblickten die deutschen Juden in der Burgfriedensrhetorik Wilhelms II. zu Beginn des Ersten Weltkrieges ein Versöhnungsangebot der Nation. Für eine kurze Spanne schien sich der Antisemitismus der Vorkriegszeit wie ein Spuk zu verflüchtigen. Fast einhunderttausend jüdische Kriegsteilnehmer und mehrere hundert auf dem Schlachtfeld beförderte Reserveoffiziere symbolisierten die innere Einheit der Nation im Kampf gegen den äußeren Feind. Die von christlichen wie jüdischen Soldaten verfassten Feldpostbriefe des Ersten Weltkrieges bestätigen erneut, dass innerhalb der kämpfenden Truppe keine Gegensätze bestanden. Im Gegenteil, selbst streng konservative Burschenschaftler zollten ihren jüdischen Kameraden uneingeschränkte Anerkennung. Solange die Sieges euphorie in der Heimat alle Anstrengungen ertragen ließ, besaß auch der bürgerliche Antisemitismus keine Angriffsfläche. Es ist aber bezeichnend, dass er just in dem Augenblick erneut seine Fratze zeigte, als der Krieg sich zum „Totalen Krieg“ wandelte.

1916 wuchsen die durch den Maschinenkrieg verursachten Verluste in bisher nicht gekannte Höhen. „Verdun“ wurde zur sinnbildhaften „Blutmühle“ des deutschen und des französischen Heeres. Die III. Oberste Heeresleitung mit der Symbolfigur Hindenburg an der Spitze entwickelte sich unter der Regie von Erich Ludendorff und seinem Gehilfen Max Bauer sukzessive zu einer Militärdiktatur. Für die zunehmenden Rückschläge an den Fronten und die materielle wie psychische Auszehrung der Heimat mussten Verantwortliche außerhalb des Kreises der bisher politisch wie militärisch Zuständigen gefunden werden.

In dieser Situation wurde von den Meinungsführern der völkischen Rechten der bis dahin gültige gesellschaftliche Konsens aufgekündigt und eine Minderheit aus der Gemeinschaft herausdefiniert. Der latente bürgerliche Antisemitismus der Vorkriegszeit lebte angesichts extremer Verlustängste des Bürgertums in aggressiven Formen wieder auf. Er bediente virtuos die rassebiologisch angelegten Vorurteile, nach denen die Juden als parasitäre Nutznießer der Kriegsanstrengungen als Schieber, Kriegsgewinnler, Etappenhengste und Bürosoldaten an diesem Krieg verdienten oder ihn weitgehend schadlos überstanden. Damit, so die Argumentation, stellten sie sich außerhalb der Gemeinschaft, die den Blutzoll dieses Krieges und seine

Entbehrungen zu tragen hatte. Eine perfide Ausgrenzungsstrategie zeichnete sich ab, die bereits das Wirkungsprinzip der späteren Dolchstoßlegende erkennen lässt.

Mit der „Juden­zählung“ von 1916 erhielt die Ausgrenzung der vermeintlich rassis­ch Fremden aus der „Volksgemeinschaft“ ihr Kainsmal. Die sichtbar aus der um ihre Existenz ringenden „Volksgemeinschaft“ Ausgestoßenen konnten nicht mehr auf den Schutz der Gemeinschaft rechnen. Die Juden­zählung nahm gleichsam den „Judenstern“ in den Köpfen der Menschen vorweg.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Einhundert Jahre nach den Freiheitskriegen, fünfzig Jahre nach den Einigungskriegen und angesichts von tausenden jüdischer Kriegstoter des Ersten Weltkrieges war den meisten jüdischen Mitbürgern nach 1918 die Hoffnung auf eine Integration, ein Traum, an dessen Verwirklichung vier Generationen mitgewirkt hatten, zer­stoben. Dabei wirkten vier Motivationsstränge in verhängnisvoller Weise sich wechselseitig verschärfend zusammen:

1. Angesichts der sich verschärfenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft, die vor allem den aufstrebenden Mittelstand zu verschlingen drohte, wurde das Judentum zur Projektionsfläche irrationaler Ängste.
2. Den konservativen Kräften erschienen Juden als nicht staatstragend, hatten doch prominente Vertreter in der Vorkriegszeit ihre politische Heimat im Liberalismus und in der Sozialdemokratie gefunden.
3. Innerhalb der christlichen Kirchen bestanden traditionelle Religionsvorbehalte fort, die vor allem in der ländlichen Bevölkerung auf Resonanz stießen.
4. Diese gruppenspezifischen Vorbehalte wurden schließlich überwölbt und verknüpft durch diffuse rassebiologisch orientierte Ausgrenzungsmechanismen, gegen die die Betroffenen sich nicht zur Wehr setzen konnten.

Während die Militärbürokratie im Interesse einer umfassenden Mobilisierung aller Wehrfähigen den in der Verfassung festgeschriebenen Gleichbehandlungsgrundsatz hatte durchsetzen wollen, war in der Truppe und bei den unmittelbaren Vorgesetzten in allen Kriegen die persönliche Tapferkeit, militärische Befähigung und Kameradschaft ihrer jüdischen Mitkämpfer anerkannt worden. Letztlich waren es die militärischen Vorgesetzten der mittleren und oberen Führungsebene, die im Interesse einer weitgehenden sozialen Homogenität der Offizierkorps der Truppenteile dem Wunsch der bürgerlichen Eliten des Kaiserreichs nach Exklusivität der Offizierstellenbesetzung nachgegeben und jüdische Offizierbewerber, zumindest in Friedenszeiten, ausgeschlossen hatten.

Damit war der Versuch der deutschen Juden, über Militärdienst und Kriegseinsatz ihre Integration in die Mehrheitsgesellschaft voranzutreiben, gescheitert. Es bestätigte sich die pessimistische Prognose eines jüdischen Publizisten aus dem Krieg von 1870/71, der die Frage gestellt hatte:

„Weshalb solltet ihr den Krieg überhaupt für sie führen, weshalb soll euer Blut für sie fließen, weshalb kämpft ihr mit ihnen? ... Eigentlich solltet ihr von diesem Krieg ablassen, denn wie auch die Geschichte früherer Generationen gezeigt hat, wird – egal, was ihr tut – alles vergebens sein.“

*in English written
with German. By
written and German
L. Nank.*

LEO BAECK
FOUNDATION

ISBN 978-3-939469-98-8